

Löffler-Wenzel-Sedelmeier, PF 10 30 44, 70026 Stuttgart

Vorab per Fax: 030 18441 1193

An das
Bundesgesundheitsministerium
z.H. Frau Ministerin Ulla Schmidt
Friedrichstraße 108

10117 Berlin

Prof. Dr. Martin Löffler bis 1987
Prof. Dr. Karl Egbert Wenzel bis 1998
Klaus Sedelmeier in Bürogemeinschaft
Prof. Joachim von Strobl-Albeg
Dr. Waldemar Gamer
Eva-Maria Löhner
Prof. Dr. Emanuel H. Burkhardt
Andreas Pucher
Kristian Gamer
Dr. Antonia Stein
Ulrike Merckens
Joachim Lennarz

Walter Hübner
Rechtsanwalt und Notar

Königstraße 1A
70173 Stuttgart
P Tiefgarage Schloßgartenbau

Sekretariat: Frau Bredow
Durchwahl: 0711 / 222 74 – 30
E-Mail: desk.drgamer@rae-loeffler.de
Unser Zeichen: 3-nb
Stuttgart, 14. Dezember 2006

Ihre Medienäußerungen

**anlässlich des Protesttages von Medizинern und Fachverbänden
gegen die geplante Gesundheitsreform am 04.12.2006**

Sehr geehrte Frau Ministerin Schmidt,

ich zeige hiermit und unter Vorlage der entsprechenden Vollmachten an, dass ich die Interessen der MEDI Baden-Württemberg e.V. sowie ihres Vorsitzenden Herrn Dr. med. Werner Baumgärtner in folgender Angelegenheit vertrete:

Im Zusammenhang mit der Protestveranstaltung der Ärzte und Apotheker am 04.12.2006 haben Sie gegenüber den Medien Behauptungen aufgestellt, die auch unter Berücksichtigung der angespannten gesundheitspolitischen Situation nicht hingenommen werden können.

Im einzelnen:

1. Ihre Äußerung, wonach Hilfesuchende durch Schließungen von Arztpraxen und Apotheken in Geiselnhaft genommen würden, stellt eine beispiellose Provokation der angesprochenen Berufsgruppen dar.

Was Sie sicherlich jeder anderen Berufsgruppe zugestehen, nämlich für bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen öffentlich einzutreten und zu demonstrieren, verweigern Sie Ärzten und Apothekern. Außerdem lassen Sie ersichtlich unbeachtet, dass es den Teilnehmern des Protesttages auch darum ging, eine drohende Verschlechterung der ärztlichen Versorgung zu verhindern.

Damit nicht genug: Das ihrer Not entspringende Bemühen dieser Berufsgruppen und namentlich eines Großteils der Ärzte, ihre nachweislich angespannte und perspektivlose Einkommenssituation zu verbessern und die gefährdete Patientenversorgung zu stabilisieren, nehmen Sie zum Anlass, die teilnehmenden Demonstranten bildhaft mit Verbrechern gleichzusetzen, die ihrer verbrecherischen Ziele wegen Menschen ihrer Freiheit berauben.

Damit verhöhnern Sie die Opfer von Geiselnern und kriminalisieren gleichsam die genannten Berufsstände allein aufgrund ihrer ihnen verbliebenen legitimen Bemühungen um Verbesserung der Lebenssituation ihrer Angehörigen.

Das von Ihnen verbreitete Gleichnis der Geiselhaft offenbart einen erschreckenden Mangel an Wahrhaftigkeit und Realitätsnähe. Derartige Äußerungen tragen nicht unwesentlich zu einer weiteren Verschärfung des sozialen Klimas bei, auch wenn Sie sich damit noch formal im Bereich der Meinungsfreiheit bewegen sollten.

Meine Mandanten würden es, nicht zuletzt auch im Interesse des Wohles ihrer Patienten, begrüßen, wenn Sie derartige unangemessene und abwegige Äußerungen künftig unterlassen würden.

2. Mit Nachdruck verwahren sich die von mir vertretenen Teilnehmer des Protesttages auch gegen Ihre, unter anderem gegenüber Frau Christine Heuer aufgestellte und verbreitete Behauptung: „Keiner von denen, die heute protestieren, hat einen Vorschlag gemacht, wo bei Ihnen selber etwas verändert werden muss, damit Geld freigesetzt wird, das heute unnötig ausgegeben wird.“

Die Behauptung ist, wie Sie wissen unwahr. Ich verweise auf das dem Gesundheitsministerium und Ihnen wiederholt zugänglich gemachte gemeinsame Eckpunktepapier, welches durch MEDI Deutschland und andere Ärzteverbände

entwickelt wurde und gemeinsame Gestaltungsvorschläge zur Verbesserung der Gesamtsituation enthält.

Die bedauerliche Verbreitung derartiger Unwahrheiten, die zugleich eine individuelle Betroffenheit jedes einzelnen Teilnehmers des Protesttages auslöst, verschärft die vorhandenen Spannungen. Darüber hinaus verletzen derartige Behauptungen die Persönlichkeitsrechte der hiervon angesprochenen Personen und sind geeignet, Unterlassungsansprüche zu begründen. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass die von mir vertretenen Personen entschlossen sind, im Wiederholungsfalle gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Der Vollständigkeit halber überlasse ich Ihnen mit diesem Schreiben (nochmals) das gemeinsame Eckpunktepapier und verbleibe für heute

mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Gamer
- Rechtsanwalt -